

Von:

Gesendet: Sonntag, 19. Februar 2012 13:17

An: Kordfelder, Dr. Angelika

Betreff: Anregung nach § 24 GO NRW

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,

am 19. Januar 2012 wollte ich, im Rahmen einer Informationsveranstaltung der Stadt Rheine zum kommunalen Haushalt und vor dem Hintergrund des Abzuges der Heeresflieger aus Rheine, u. a. einen konstruktiven Beitrag im Rahmen der Haushaltsplanung einbringen. Leider konnte ich meine Ausführungen aus den unten angeführten Gründen (E-Mail an die Stadt Rheine vom 22. Januar 2012) nicht ausführen.

Da der Städte- und Gemeindebund am Dienstag, den 06. März 2012 eine Fachtagung Konversion in Rheine durchführt, Sie Frau Dr. Kordfelder bislang nicht geantwortet hat, mir die Zukunft der Stadt Rheine am Herzen liegt und ich eine andere Auffassung als der Rat der Stadt Rheine vom 13. Dezember 2012 zu den Folgen des Abzuges der Heeresflieger aus Rheine habe, rege ich nach § 24 GO NRW an:

Rheine hat mit der Regionalen 2004 überzeugt. Das Konzept war nachhaltig, zukunftsorientiert und hat unsere Stadt maßgeblich aufgewertet. Die nächsten Regionalen werden 2013 von der Region Südwestfalen und 2016 vom Westmünsterland durchgeführt. Als die Regionale rechts und links der Ems reifte, war parallel auch der Gedanke einer Landesgartenschau in der Diskussion. Auch bei diesem Förderkonzept des Landes steht die Nachhaltigkeit und Zukunftsorientierung im Fokus. Die nächsten Landesgartenschauen werden 2014 in Hemer und 2017 in Bad Lippspringe durchgeführt werden. Dabei hat Bad Lippspringe mit seinem Konzept Wald-Gesundheit-Wasser überzeugt. Für die von der Gesundheitswirtschaft abhängige Stadt ist die Landesgartenschau eine einmalige Chance für Umstrukturierungen. Das Zeitfenster zweier großer Strukturförderungsprogramme in NRW, der Regionalen und der Landesgartenschau, ist also offen und keine andere Stadt in NRW ist von der Bundeswehrreform so hart betroffen wie Rheine. Auch die Zechenschließung 2018 in Ibbenbüren wird die Region treffen. Im Kreis, im Münsterland und in NRW ist diese Position unbestritten. Die Region und das Land NRW steht hinter Rheine. Der Haushalt enthält für das Jahr 2012 einmalig 56.000 Euro im Budget der Bürgermeisterin für Gutachter- und Beratungskosten. Setzen wir diese 56.000 Euro der Bürgermeisterin für eine Vorstudie bzw. Potentialanalyse mit dem Ziel ein:

Welche Potentiale bieten die Strukturförderprogramme des Landes NRW Regionale und Landesgartenschau für die erforderliche Strukturförderung im Zeitfenster Rheine 2020 ?

Weitere 50.000 Euro könnte man aus dem Budget der Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft entnehmen: Strukturförderung statt Monitoring wäre dann die Priorität. Am 13. Dezember 2011 hat der Rat der Stadt Rheine einstimmig beschlossen: Eine signifikante Reduzierung des Bundeswehrstandortes Rheine würde, eine Versetzung aller Beschäftigten vorausgesetzt, die Einwohnerzahl und das einzelhandelsrelevante Kaufkraftpotential nur marginal um weniger als einen Prozentpunkt reduzieren. Diese Auffassung hält der Rat der Stadt Rheine nach neuen Erkenntnissen nicht mehr aufrecht.

Laut Medienberichten habe der Bund in diesem Tage zum Ausdruck gebracht, dass nach der föderalen Aufgabenverteilung die strukturpolitische Verantwortung für die Bewältigung der Konversionsfolgen vorrangig bei den Ländern liegt. Diese Aufgabenverteilung ist nicht neu und unterstützt daher Denkansätze - wie oben angeführt - Vorstudien bzw. Potentialanalysen

mit kommunalen Mitteln und Unterstützung des Landes NRW auf dem Weg zu bringen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Herr Minister Voigtsberger war in den letzten Tagen in Ibbenbüren war und die Unterstützung für eine Potentialanalyse zum Ausdruck gebracht hat. So titelte die Zeitung am 16. Februar 2012 lautete: Minister sagt Mittel für Potentialanalyse zu ! Insofern wird mit dem Ministerium Kontakt aufgenommen, um komplementäre Mittel für eine Potentialanalyse beim Land NRW einzuwerben.

Über die Bundes- und Landesebene soll eine Änderung des BIMA Gesetzes erzielt werden. So soll der Passus der wirtschaftlichen Verwertung gestrichen werden. Die Fachtagung Konversion des Städte- und Gemeindebundes NRW, welche am 06. März in Rheine tagt, soll für die oben angeführten Anregungen gewonnen werden.

Vor dem Hintergrund der Dringlichkeit und dem anstehenden Fachtag Konversion am 06. März wird die Anregung daher im Rahmen der Ratssitzung am 28. Februar 2012 behandelt.

Mit freundlichen Grüßen

Sacharowstraße
48432 Rheine

----- Ursprüngliche Nachricht -----

Von: '

An: "Zahn, Günter" <Guenter.Zahn@rheine.de>, "Wullkotte, Jürgen"

<Juergen.Wullkotte@rheine.de>, "Lütkemeier, Werner"

<Werner.Luetkemeier@rheine.de>, "Kordfelder, Dr. Angelika"

<Dr.Angelika.Kordfelder@rheine.de>

Datum: 22. Januar 2012 um 07:55

Betreff: Veranstaltung zum Haushalt am 19. Januar 2012

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,

der Haushalt für das Jahr 2012 wurde öffentlich bekannt gemacht.

Am 19. Januar 2012 wurde der Haushalt für das Jahr 2012 in einer öffentlichen In-

formationsveranstaltung durch Vertreter der Stadt Rheine erläutert. In der Einladung

von Ihnen wird u. a. ausgeführt: Mir ist es wichtig, mit Ihnen, den Bürgerinnen und

Bürgern unserer Stadt, über den Haushalt persönlich ins Gespräch zu kommen. Gelegenheit

haben wir dazu im Rahmen einer Informationsveranstaltung, 19. Januar 2012, zu

der ich

Sie auf diesem Wege herzlich einlade ! Ich freue mich auf eine engagierte Diskussion mit

Ihnen - und natürlich auf Ihre ebenso kritischen wie konstruktiven Beiträge.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,

der Verlauf der Veranstaltung entspricht nicht der Einladung und wurde in einem formellen Zeitrahmen des Haushaltsplanverfahrens für das Jahr 2012 durchgeführt.

Weiterhin hat der Rat der Stadt Rheine am 13. Dezember 2011 eine Antidiskriminierungsagenda beschlossen. Gegen diese Agenda ist somit durch Ihnen Frau

Bürgermeisterin Dr. Kordfelder verstoßen worden. Anwesende Kommunalpolitiker, die

am 13. Dezember 2011 die Agenda beschlossen haben, haben geschwiegen. Die Würde

des Menschen ist zu schützen, heißt es nicht nur in der Anti-Diskriminierungsagenda.

Ich bitte Sie daher, dass die Stadt Rheine das Vorgehen öffentlich widerruft, das

Handeln der Moderatoren öffentlich mißbilligt, Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder

und der Fachbereich Finanzen mir bis zum 30. Januar 2012 (Beginn der Frist für

formelle Einwendungen) das mir verwehrte Recht nachholen. Der § 223 Strafgesetzbuch

sollte bekannt sein.

Beste Grüße

Sacharowstraße

48432 Rheine